

An den Bürgermeister und die Fraktionen  
im Rat der Stadt Meckenheim

Per Mail

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund der Steuerzahler NRW e.V. hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Öffentlichkeit über finanzpolitische Zusammenhänge zu informieren und der Politik Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens zu unterbreiten. **Den Beschluss des Meckenheimer Rates zur eklatanten Erhöhung der Grundsteuern nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis. Insbesondere der Anstieg der Grundsteuer B von 571 v. H. auf 850 v. H. im Jahr 2023 und auf 895 v. H. im Jahr 2024 führt zu einer hohen Belastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft.**

Die steuer- und finanzpolitischen Haushaltsprobleme, die durch die Pandemie und den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelöst wurden, sind nicht zu verkennen. **Auch die aktuellen Anstrengungen der Verwaltung und des Rates, Einsparungen vorzunehmen, müssen anerkannt werden.** Doch nicht übersehen werden darf, dass die schwierige finanzielle Situation der Stadt nicht erst seit Aufkommen der aktuellen Krisen besteht. Der Konsolidierungskurs kommt leider zu spät, dennoch ist dieser der richtige Weg.

Bekanntlich musste die Stadt Meckenheim seit dem Haushaltjahr 2016 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, da kein ausgeglichener Haushalt erreicht werden konnte und das Defizit die gesetzliche Schwelle übertraf. Ziel war es, im Haushaltsjahr 2023 wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Die Lösung für einen ausgeglichenen Haushalt darf jetzt aber nicht allein auf der Erhöhung der Grundsteuern fußen. Wir empfehlen Ihnen als Mitglied des Gemeinderates deshalb dringend, den Haushalt auf der Ausgabenseite genaustens unter die Lupe zu nehmen und alle Einsparmöglichkeiten zu suchen. Ebenfalls müssen Verwaltung und Politik in aller Konsequenz nach weiteren Einsparmöglichkeiten suchen, sprichwörtlich muss jeder Stein umgedreht werden, bevor die Steuern erhöht werden! Steuererhöhungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Die bereits identifizierten Einsparmöglichkeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

Bei einem solchen, langfristigen Prozess der Konsolidierung empfehlen wir ebenso dringend, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Dadurch können die Probleme kommuniziert und gemeinsam angegangen werden. Beispiele dafür sind Beteiligungsformate, in denen die Bürgerinnen und Bürger Einsparpotentiale vorschlagen und bewerten können, oder auch der sogenannte Bürgerhaushalt. Offene Ehrlichkeit seitens Verwaltung und Politik tragen zu einer breiteren Akzeptanz der Bürgerschaft bei.

Das oberste Gebot einer an den Wünschen der Bürgerschaft und lokalen Wirtschaft orientierten Finanzpolitik sollte gerade zum jetzigen Zeitpunkt die **Vermeidung von Steuererhöhungen** sein. Privathaushalte und Unternehmen leiden unter den einschneidenden Folgen der ungewöhnlich hohen Inflation. Manche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie örtlich ansässige Unternehmen stehen vor **existenziellen Problemen**.

Ferner darf nicht übersehen werden, dass die Grundsteuern ein wichtiger **Standortfaktor** sind, und zwar nicht nur für die Menschen, die in der Gemeinde wohnen, sondern auch für das örtliche Gewerbe. Mit der zusätzlichen geplanten Erhöhung der Gewerbesteuer sollen die Unternehmen gleich zweifach mehr belastet werden. Unternehmen, die einen neuen Standort suchen, die in der Gründung oder bereits ansässig sind, orientieren sich an den örtlichen Abgaben, also an der Gewerbesteuer- und Grundsteuerbelastung. Hier gilt: Weniger ist mehr!

## **Der BdSt NRW appelliert daher an die Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat:**

- Setzen Sie die erarbeiteten Einsparvorschläge konsequent um.
- Identifizieren Sie weitere Konsolidierungsmöglichkeiten und setzen diese um.
- Passen Sie die Hebesätze nur nach dem Prinzip der *ultima ratio* an und senken diese sofort, wenn sich die Situation verbessert.
- Zu jeder Zeit sollten alle Bürgerinnen und Bürger bei der unumgänglichen Etatsanierung vollumfassend und vorab informiert werden.
- Bei allen Investitionsvorhaben sind Prioritäten zu setzen und die Wirtschaftlichkeit sollte im Vordergrund stehen. Neue Investitionen sind auf das Notwendige zu beschränken. Rat und Öffentlichkeit sind laufend über kalkulierte Preissteigerungen zu informieren.
- Die Verschuldung ist auf ein Minimum zu reduzieren, jede neue Verschuldung ist mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu versehen.

Alle Einsparmöglichkeiten sind ohne Ausnahmen schnell und konsequent zu suchen und umzusetzen. Hilfestellung beim Sparen bietet der „Kommunalkompass“ des Bundes der Steuerzahler, der im Internet kostenlos zur Verfügung steht. [Link: Kommunalkompass](#)

Wir weisen darauf hin, dass wir diesen Appell allen Meckenheimer Ratsfraktionen, dem Bürgermeister sowie den Medien zur Verfügung gestellt haben.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Joscha Slowik  
Referent für Haushalts- und Finanzpolitik